

Manfred Weißbecker

Die Geschichte der NSDAP (1920–1945). Überlegungen zu Ergebnissen und Defiziten ihrer Erforschung*

Unter jenen Historikern, die sich ernsthaft um die Erforschung der Geschichte des deutschen Faschismus mühen, besteht in einer Vielzahl von Fragen Übereinstimmung. Intentionalistisch dominierte, einzig und allein alles von Hitler herleitende Auffassungen sehen sich seit langem in den Rückwärtsgang verwiesen. Die politisch bedingte und instrumentalisierte Auffassung aus den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit, der Faschismus könne als „Betriebsunfall“, als Ausnahmeerscheinung oder einzig als Produkt eines pathologischen Hirns abgetan werden, hat sich als unhaltbar erwiesen. Jüngst wurde dies deutlich in der Gegenüberstellung der beiden großen Hitler-Biographien von Joachim Fest aus dem Jahre 1973 und der des Briten Ian Kershaw von 1998. Letzterer suchte nach einer vermittelnden Position zwischen biographischer und gesellschaftsgeschichtlicher Methodik, nach einer Synthese unterschiedlicher Forschungsansätze und berief sich ausdrücklich auf Karl Marx, der davon gesprochen habe, daß die Menschen ihre eigene Geschichte machen würden, dies aber nicht unter selbstausgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.

Ebenso wanderten jene Einseitigkeiten, die der oft zitierten Dimitroff-Formel zugeschrieben werden können oder ihr schlicht unterstellt wurden, in den Orkus, und dies keineswegs erst in den letzten zehn Jahren. Beachtliche Forschungsergebnisse konnten trotz mancherlei Beschränktheit und konzeptionell-selektiver Schlichtheit¹ erbracht werden, auch wenn die bundesdeutsche Historikerzunft und erst recht die meinungsbestimmenden Medien davon kaum noch Notiz zu nehmen wünschen. Ohne jene Forschungen, auch ohne ihre Erklärungsansätze und Resultate wäre es u. a. Kurt

* Vortrag vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät am 18. Februar 1999 in Berlin. Der Beitrag führt den Artikel des Vf. fort, der unter dem Titel „Die Geschichte der NSDAP – ein aktueller Gegenstand der Faschismuskforschung“ in der Zeitschrift *Berliner Debatte INITIAL*, H. 5/1993, S. 59–70, erschien.

Pätzold und mir gewiß nicht möglich gewesen, jüngst das Buch „Geschichte der NSDAP 1920–1945“ vorzulegen², dessen Erscheinen wohl Anlaß zur heutigen Veranstaltung geboten hat, was mich wiederum veranlaßt, herzlich für die Einladung zu danken.

Nun, wie es auch immer um wissenschaftliche Streitpunkte und vor allem um die stets wirksamen außerwissenschaftlichen Beschränkungsversuche stehen mag: Heute wird das faschistische Regime – nach meiner Auffassung zu oft und zu leichtfertig als ein national-sozialistisches benannt – relativ einvernehmlich in jene Periode der deutschen Geschichte eingeordnet, die hauptsächlich von den beiden Weltkriegen, den Revolutionen der Jahre 1917/18 und den Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Hauptgruppen der Gesellschaft, ferner zwischen den Parteien konservativer Antidemokraten und demokratischer Republikaner, zwischen Faschismus und Antifaschismus geprägt worden ist. Und vor allem wissen wir im Ergebnis unzähliger Untersuchungen, angestellt in West und Ost, welches Ausmaß, welche Geschichtsmächtigkeit der deutsche Faschismus nicht zuletzt dank des Wirkens seiner Partei zu erreichen in der Lage war. Wann hat je die Führungselite einer Partei die Welt so in Flammen zu setzen vermocht, wann systematisch Massenverbrechen organisieren können, wann den Menschen – auch den Deutschen selbst – solch unermeßliches Leid und Unheil aufgebürdet?

Der NSDAP gelang es, von einer der kleinsten Organisationen im deutschen Parteienspektrum der Weimarer Republik zur mitglieder- und wählerstärksten Partei zu werden, die es je in der deutschen Geschichte gegeben hat und wahrscheinlich in diesem Ausmaß nie wieder geben wird. Ihre Mitgliederkartei verzeichnete 55 Namen, als Hitler der Deutschen Arbeiterpartei beitrug, und 1943, bevor sie „kriegsbedingt“ eingestellt wurde, rund 6,5 Millionen. Danach sind noch Hunderttausende – lax formuliert – eingetreten worden, etwa bei den rigorosen Überführungsaktionen der Hitler-Jugend in die Partei anlässlich des jeweiligen „Führer“-Geburtstages. Genauer ist nicht ermittelt, aber was besagen quantitative Angaben in diesem Zusammenhang überhaupt? Ein Beispiel mag das Problem veranschaulichen: Es war es sicher kein Zufall, daß sich Robert Ley, seines Zeichens Reichsorganisationsleiter der NSDAP, gerade in den letzten Phasen des Zweiten Weltkrieges intensiv um eine exakte zahlenmäßige Übersicht über die Parteigenossen bemühte und Ende 1943 einen umfangreichen Bericht über „Einsatz und Bewährung der

Parteigenossen im Wehr- und anderweitigen Kriegsdienst seit dem 1.9.1939 nach dem Stande vom 1.5.1943“ vorlegte.

Die Zahl der Mitglieder wurde mit 6.542.261 angegeben, wovon 226.726 gefallen, gestorben, vermißt bzw. in Gefangenschaft geraten seien. 40,3 Prozent aller Parteigenossen stünden zur Zeit im „Wehr- oder anderweitigen Kriegsdienst“. Das klingt nach einem hohen Anteil und sollte natürlich den Eindruck erwecken, die Partei sei vorbildlich, ehrenhaft usw. usf. Die Zahl wird jedoch erst nach einer Aufschlüsselung interessant: Diejenigen, die „Kriegsdienst“ leisteten, machten nur 8,6 Prozent aus, dagegen standen in dem nicht näher definierten „Wehrdienst“ 91,4 Prozent. Hinzu kam die bemerkenswerte Tatsache, daß die Hälfte der Parteimitglieder (3.277.482 = 50,1 %) bis dahin überhaupt keinen Wehr- oder Kriegsdienst geleistet hatte. Davon wiederum waren 1.035.715 (28,1 %, also fast ein Drittel!) Politische Leiter, die ihre Funktionen sowohl in der Partei als auch in den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden ausübten. Daraus läßt sich schlußfolgern: Die NSDAP hatte ihren „Wehr- und Kriegseinsatz“ an der sogenannten „Heimatfront“ zu absolvieren. Und: Sie führte Krieg im Innern als Voraussetzung des Krieges nach außen. Sie war also in vielfacher Hinsicht eine Kriegspartei. Sie erstrebte und entfesselte Kriege zur „Schaffung eines Großdeutschen Reiches aller Deutschen“ – wie es in Punkt eins des Parteiprogramms hieß –, zur Gewinnung von „Lebensraum“, der anderen Völkern sowohl den Raum als auch das Leben raubte.

Solche Zielsetzungen und die zu ihrem Erreichen verwendeten terroristisch-rassistischen Mittel lassen die NSDAP als eine bürgerliche Partei „neuen Typs“ erkennen. Sie war eine faschistische Partei und damit *die* Partei *einer* der Ausgeburten der bürgerlichen Gesellschaft. Sie war eine der *möglichen* Folgen des Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger dieser Gesellschaft nach Maximalprofit und Expansion, einer ihrer *Versuche*, immanente ökonomische und/oder politische Krisen mit allen Mitteln bewältigen zu wollen, koste es was es wolle. Sie war Ergebnis und extremster Ausdruck von Bemühungen, effektivste Kapitalverwertungsbedingungen zu schaffen, selbst wenn dies nur durch eine Aufhebung der ursprünglichen aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und aller im Laufe der Zeit und insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen seiner Macht erreicht werden konnte. Die NSDAP verfolgte unter allen bürgerlichen Parteien das strikteste Modell des Kampfes gegen

die Arbeiterbewegung und strebte nach einer vollständigen „Ausrottung des Marxismus“. Ihre auf solcher Zielsetzung beruhende Forderung nach einer „Nationalisierung der Arbeiter“ ging einher mit der Entgegensetzung von Deutschen und „Nicht-Deutschen“, mit der Konstruktion einer deutschen Volksgemeinschaft, die in Wohlstand und Ordnung leben könne, sobald sie sich „Lebensraum“ erobere sowie „fremdrassische“ Völker unterwerfe, verjage oder ausrotte.

* * *

Daß die NSDAP einer der wesentlichsten Bestandteile und „Säulen“ des Regimes gewesen ist, darf allgemein als bekannt betrachtet werden. Allerdings sehe ich in den Fragen, *wie* sie zu wirken vermochte, *welcher* Mechanismen sie sich im einzelnen und zu unterschiedlichen Zeiten bediente, *worauf* sie sich verlassen konnte oder worauf nicht, wesentliche Defizite aller NSDAP-Forschungen. So wissen wir vor allem noch viel zu wenig über das Denken und Handeln jener „Parteigenossen“, die nicht zum Stamm der sogenannten Hoheitsträger gehörten. Mit diesem terminus technicus jener Zeit – dabei sollte es übrigens bleiben – wurden rund 150.000 Reichs-, Gau-, Kreis- und Verbändeleiter bezeichnet. Im gesamten Apparat der NSDAP waren etwa eine Million hauptamtlicher und ehrenamtlicher Nazifunktionäre tätig. Was aber taten die anderen fünf bis sechs Millionen Mitglieder?

Als völlig willenslose Beitragszahler und bloße Akklamations-Verfüngungsmasse wird man sie nicht abtun können. Es wäre z. B. zu untersuchen, weshalb führende Nazis häufig von „Karteileichen“ sprachen oder vor allem in den letzten Kriegsjahren beklagten, daß „die augenblickliche Parteigenossenschaft ... noch keine aktivistische Kampfgruppe“ darstelle.³ Mehrere Gauleiter forderten von Bormanns Partei-Kanzlei die Einführung einer neuen Disziplinar- und Strafordnung. Im Generalgouvernement Polen solle sogar eine völlige „Neubildung des Parteipparates“ erfolgen, da dieser hier nur noch „ein Nebeninstrument der staatlichen Verwaltung und eine Fahnenträger- und Aufmarsch-Organisation“ sei. Im Juni 1943 wurden alle „Mobilisierungs-Beauftragten“ der NSDAP über die Handhabung der „Uk-Stellung“ von Parteifunktionären instruiert; dabei erhielten sie unter anderem auch die Order, „besonders ins Auge springende politisch unzuverlässige Elemente“ an die Front zu schicken. Etwas später hieß es dazu noch: „Wir haben ... keinen Anlaß, uns mit den Uk-Gestellten auch noch Mies-

macher und Defaitisten in der politisch schon schwach genug besetzten Heimat zu erhalten.“

Tatsächlich wuchs die Unzufriedenheit der NSDAP-Führung mit den Geführten, je länger der Krieg dauerte. Bereits 1942 hatte Bormann eine Kampagne zur „Aktivierung der Partei“ gestartet. In einer seiner unzähligen Anordnungen verlangte er im Dezember 1943 die entschiedene Fortsetzung der „begonnenen Aktivierungsmaßnahmen.“ Ein halbes Jahr danach forderte er erneut von den Politischen Leitern auf mittlerer und höherer Ebene, „alle Ansätze von Schwäche und schwankender Haltung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abzustellen“. Einer der 42 Gauleiter konkretisierte dies mit den bezeichnenden Worten: „Da wo mit den Mitteln der Aufklärung, Propaganda und Schulung Andersdenkende nicht zu belehren sind, ist das *Abstempeln zum Volksverräter und Wehrkraftzersetzer* das einzig beste Mittel, das stets die gewünschte Wirkung erzielt.“ In einem Material des Schulungshauptamtes beim Reichsorganisationsleiter hieß es, angesichts der mehr als sieben Millionen Parteigenossen dürfe eigentlich die „schlechte Stimmung innerhalb des deutschen Volkes ... unmöglich sein.“

Dennoch blieb die NSDAP bis zum Schluß intakt und in ihrem Sinne voll funktionsfähig. Dies darf auch als Resultat aller Aktivitäten des umfassenden, bereits in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sorgfältig vorbereiteten Organisationensystems gesehen werden, an dessen Spitze sie stand. Die einzelnen Gliederungen und angeschlossenen Verbände – gleich ob DAF, HJ, SA, SS u. a. m. – erfaßten wiederum selbst Millionen Deutsche und nahezu jeden Winkel der Gesellschaft. Wie keine andere deutsche Partei hatte die NSDAP nach 1933 einen bis dahin unbekanntenen, einen nicht für möglich gehaltenen flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung erreicht. Sie war zum Träger einer „Organisationen“-Gesellschaft geworden, in der sich kaum einer – ob Arbeiter oder Gewerbetreibender, ob jung oder alt, Mann oder Frau usw. – dem Einfluß ihres breit gefächerten Systems sogenannter Gliederungen, angeschlossener Verbände und betreuter Organisationen entziehen konnte. Nimmt man allein die Tatsache zum Vergleich, daß bis 1933 jede gesellschaftliche Schicht oder Gruppe – Frauen, Kinder, Lehrer, Ärzte usw. – mehrere Organisationen entsprechend der politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Parteienlandschaft besaßen und zudem große Teile der Bevölkerung – z. B. fast die Hälfte derer, die statistisch zur Arbei-

terklasse zählten – überhaupt keiner politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angehörten, läßt sich leicht ermessen, zu welch enormer Schlagkraft die Organisiertheit der deutschen Faschisten führen konnte.

Die Millionenerfolgschaft der NSDAP stellte eine Voraussetzung ihres Erfolges dar und geriet zugleich zu einem ihrer wichtigsten Kennzeichen, obgleich sie zu keiner Zeit das Programm, den Kurs und das Ziel der Partei bestimmte – das tat ihre Führungsgruppe, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument und Faustpfand im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatten. Dennoch und noch einmal: Das faschistische Regime hätte ohne sie nicht funktionieren können. Ohne die „willigen“ Helfer insbesondere aus ihren Reihen wären kein totaler Krieg, keine barbarische Okkupationspolitik und erst recht kein Völkermord zu realisieren gewesen, ohne sie hätte während des Zweiten Weltkrieges das System der rund 20.000 Zwangsarbeiterlager nicht geschaffen werden können, ohne sie wären nicht die meisten Deutschen bereit gewesen, den Krieg so sinnlos und opferreich bis „fünf Minuten nach zwölf“ zu unterstützen.

Daß sich allerdings die meisten Deutschen dem Einfluß der NSDAP nicht entziehen wollten und sich sowohl mit den chauvinistisch-expansionistischen als auch mit den vorgeblich sozialistischen Ambitionen der Nazis identifizierten, sei hier ausdrücklich konstatiert. Diese Tatsache hat zu unterschiedlichsten Interpretationsversuchen geführt. Einer stellt die NSDAP als Arbeiter- bzw. als „Volkspartei“ dar. Letztere Bezeichnung findet häufig Verwendung, um über das Merkmal sozialstruktureller Heterogenität hinaus grundlegende Unterschiede zu anderen Parteien markieren und die NSDAP quasi aus der deutschen Parteiengeschichte herauslösen zu können. Tatsächlich bedeutete ihre Existenz *den* Höhepunkt in der Geschichte jener Parteien, die im Unterschied zu den vorgehenden Honoratioren- oder Wählervereinen, den Interessen- und Klientelparteien als Massenparteien oder – nach Sigmund Neumanns Begriffsinstrumentarium aus den zwanziger Jahren – als Mitgliederintegrationsparteien zu bezeichnen sind. Rund acht Prozent aller Bürger des sogenannten Großdeutschen Reiches gehörten am Ende des Krieges der NSDAP an. Die Korrelation zwischen Parteimitgliedschaft und dem Grad an Politisierung liegt auf der Hand, auch wenn dieser anhand von Zahlen sich kaum allein belegen, geschweige denn erklären läßt. Leider gehört auch die Frage, weshalb das gesamte nationalsozialistische Organisationensystem für viele ein durchaus

attraktives Integrationsangebot darstellte, immer noch zu den Forschungsdefiziten. Sicher muß die Tatsache Berücksichtigung finden, daß dieses dem einzelnen berufliche Chancen, eine Verbesserung seines sozialen Status und auch dankbar angenommene Möglichkeiten zu persönlicher Bereicherung bot. Die vielgestaltigen Organisationen der NSDAP können daher wohl auch als ein „Versicherungsunternehmen“ betrachtet werden (wie dies beispielsweise Mallmann und Paul tun), dessen Inanspruchnahme vor den Unwägbarkeiten des Arbeitsmarktes schützen und den Umsatz der Gewerbetreibenden garantieren konnte oder als „Eintrittsbillet“ in ein erfolgversprechendes Berufsleben, als Startposition im Ringen um sozialen Aufstieg empfunden werden konnte.

Massen zu gewinnen, ohne ihre Lage und ihre Interessen in irgendeiner Weise zu berühren, konnte und kann übrigens keiner politischen Partei gelingen. Jede versucht es auf ihre Weise. Der NSDAP lag, wie sie es in völliger Übereinstimmung mit dem konservativen Publizisten Arthur Moeller van den Bruck formulierte, an einer „Nationalisierung“ der deutschen Arbeiter, mithin an der Gewinnung einer vorwiegend proletarischen Massenbasis. Dies ließ von vornherein jede Verwendung sozialpolitischer oder gar „sozialistischer“ Formeln als zweckbezogenes Mittel erscheinen. Das Wesen einer faschistischen Partei läßt sich an ihnen nicht erkennen, eher an ihrer Programmatik und an ihrem taktischen Verhalten. So verwundert es eben nicht, daß die NSDAP während der zwanziger Jahre ihren „Nationalsozialismus“ besonders in stark industrialisierten Teilen Deutschlands – im Gegensatz zu ihrem bayerischen Stammland – als „nationalen Sozialismus“ anbieten wollte. Dazu wurde zeitweise sogar eine „Arbeitsgemeinschaft der nord- und nordwestdeutschen Gauleiter“ gegründet, die das 25-Punkte-Programm revidiert, zumindest aber ergänzt wissen wollten. Diese Gauleiter galten als „Linke“ in der NSDAP, wurden jedoch bald von der Münchener Parteileitung zur Rechten gerufen.⁴

* * *

Für die Forschung stellt sich m. E. immer noch vorrangig die Frage, *weshalb* und *wie* die Eliten der Weimarer Gesellschaft es der NSDAP leicht gemacht bzw. ihr ermöglicht hat, aus ihrem ursprünglichen Zustand einer Splitterpartei her austreten und sich zur erfolgreichen Massenpartei entwickeln zu können. Zu nennen wäre eine Vielzahl sich vor allem in der Zeit

der Weltwirtschaftskrise bündelnder Faktoren. Unter ihnen spielte m. E. eine entscheidende Rolle, daß die 1919/20 entstandene Partei vielgestaltige Förderung durch konservativ-deutschnationale Großindustrielle, Bankiers, Großagrarier, Militärs, Beamte und Politiker anderer bürgerlicher Parteien erfuhr, welche sie – wohlgerne in Kenntnis des Programms und der Ideologie des Nationalsozialismus – für ihre eigenen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Zwecke auszunutzen und organisatorisch zu instrumentalisieren versuchten. Ein solches Bestreben kam letztlich allein der NSDAP zugute. Seither besagt eine der wesentlichsten geschichtlichen Erfahrungen: Wer damals, speziell in jenen 14 Jahren der Weimarer Republik, das Potential der Rechtsten unter den Rechten zu nutzen versuchte, trug dazu bei, es entscheidend zu fördern. Man denke an den bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, der den ersten Putsch der nationalsozialistischen Bewegung vorbereiten half und gleich dem Zauberberlehrer die Geister nicht wieder los wurde, als sie ihm überflüssig erschienen. Man denke an das Münchener Volksgericht, das den Putschisten Hitler mit einem Urteil bedachte, in dem auch bei bestem Willen keine Strafe zu erkennen war. Man erinnere sich an die von den Deutschnationalen eingefädelt Kooperation mit der gerade von lediglich 2,8 Prozent der Stimmen in den Reichstag gewählten NSDAP gegen den Young-Plan, zu deren Ergebnis Hof- und Salonfähigkeit der deutschen Faschisten gehörten. Man denke schließlich an das Konzept, das unter den Stichworten „Einrahmung“ und „Zähmung“ in die Geschichte rechtskonservativ-nationalsozialistischer Bündnispolitik einging.⁵

Jede absichtsvolle Duldung, erst recht die ideelle und zunehmend auch die materielle Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen sowie der Versuch, die Partei der Nationalsozialisten – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, ermöglichten dieser, einen Status von „Normalität“ zu erlangen. Indem die vielgerühmte „Mitte“ der Gesellschaft die tagespolitische Einträglichkeit zum obersten politischen Prinzip erhob, machte sie sich selbst schließlich zum opferwilligen Spielball selbsterstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie. Wer seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter Antifaschisten aller Richtungen sah, stärkte den Rechten den Rücken, der erleichterte die schrittweise Hinwendung nach rechts und lieferte zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen die drohende

Gefahr unterschätzt wurde. Wer den Demagogen einer rassereinen deutschen Volksgemeinschaft nach dem Munde redete, besorgte auch deren undemokratischen Geschäfte.

Zu fragen wäre jedoch nicht nur, unter *welchen* Bedingungen sich die NSDAP in der Weimarer Republik entfalten konnte, sondern in gleicher Intensität auch danach, *was* sie selbst unternommen hat, sich erfolgreich über eine Vielzahl anderer völkisch-nationalistischer und rassistisch-antisemitischer Parteien zu erheben. Ihre Ermöglichung durch die Gesellschaft setzte auch voraus, daß sie sich gleichsam selbst „möglich zu machen“ fähig erwies. Natürlich hätte die NSDAP ohne den Nährboden einer wirtschaftlich krisengeschüttelten, aber ebenso ohne die politisch versagenden Eliten der deutschen Gesellschaft weder so enorm anwachsen und sich entfalten noch an die Macht gelangen können. Aber sie selbst erbrachte eben auch beträchtliche „Vorleistungen“, um als Faktor bürgerlicher Politik anerkannt zu werden: Dazu gehörte insbesondere ihre sie von allen anderen Parteien unterscheidende Fähigkeit, programmatisch wie demagogisch an tatsächliche Ängste und vermeintliche Bedürfnisse der Massen anzuknüpfen sowie eine große Zahl von Mitgliedern und Wählern an die Erfüllbarkeit ihrer Heilsversprechungen dank terroristischer und rassistisch-friedloser Methoden glauben zu lassen. Zu ihren „Vorleistungen“ gehörte die durchaus geschickte Verknüpfung ihres Konzeptes „national plus sozialistisch“ mit dem Bemühen, Massen zu politisieren und für nationalistisch-rassistische Ideen zu mobilisieren.

Im Gegensatz zu der Vorstellung, die Geschichte der NSDAP stelle ein einziges Kontinuum an Aufwärtsentwicklung dar, lassen sich Stagnations- und Krisenzeiten der Partei gerade an bestimmten Momenten ihres Verhältnisses zu anderen faschistischen Organisationen festmachen. Das galt bereits im Juli 1921, als die Gruppe um den Parteivorsitzenden Anton Drexler eine Übereinkunft mit der Deutschsozialistischen Partei herbeizuführen suchte, das galt im Jahre 1924, als sich mehrere Organisationen – darunter vor allem die Deutschvölkische Freiheitspartei – um eine Nachfolgeschaft der im Putsch gescheiterten NSDAP bemühten, das galt 1928/29, als das Lager der Völkischen und die paramilitärischen Verbände überrollt werden konnte. Daß Hitler später jenen unter den „Parteigenossen“ eine nahezu nibelungische Treue hielt, die besonders geholfen hatten, seinen kompromißlosen Kurs „Anschluß statt Vereinigung“ durchzusetzen,

läßt sich am Beispiel Julius Streichers gut erkennen und als eine organisationslogische Kehrseite der personellen Querelen bezeichnen. Haßerfüllt ließ er demgegenüber alle jene umbringen, denen er vorwarf, die Geschlossenheit der Partei gefährdet zu haben, wie das Beispiel Gregor Strasser belegt.

* * *

Der bisher knapp und punktuell skizzierte Erkenntnisstand spiegelt sich nicht in der deutschen Publizistik und schon gar nicht in der medialen Vermarktung des Themas wider. Das Auseinanderfallen von Wissenschaft und zweckorientierter Darstellung in den Massenmedien dürfte auf keinem anderen Gebiet der Geschichte so erheblich sein. Fast könnte von einer geschichtspolitischen Barriere gesprochen werden, die der Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse und dem Dialog über sie aufgetürmt wird. Setzt man die Zahl jener Bücher, die sich mit Hitler beschäftigen, und die Darstellungen zur fünfundzwanzigjährigen Geschichte der NSDAP miteinander ins Verhältnis, so muß zum einen die Zahl 120.000 und zum anderen die Zahl fünf genannt werden; unter letzteren auch die von Dietrich Orlow und Michael Kater, die bislang nicht ins Deutsche übersetzt worden sind. Darüber hinaus kann von Konsens unter Historikern keine Rede sein, wenn die NSDAP vor allem unter parteiengeschichtlichen Aspekten und als Bestandteil der Geschichte des Parteiwesens in Deutschland betrachtet wird. Selbstverständlich findet sie in vielen Darstellungen Erwähnung. Wer aber nach Voraussetzungen und Wirkungen fragt, die ihr das Parteienwesen in Deutschland bot, wird in ihnen jedoch nur unzureichende Antworten finden. Denn wer sich nicht grundsätzlich davon lösen will, in Hitler das „Bewegungszentrum“ der Geschichte zu sehen, sucht kaum danach, die Rolle der Partei und der sie ermöglichenden und fördernden Faktoren in den Blick zu nehmen.

Dies gilt insbesondere für die Zeit von 1933 bis 1945. Sie wird regelrecht als ein parteiengeschichtliches „Loch“ behandelt. Man schaue nur in einige der als Standardwerke gepriesenen Darstellungen, gleich welcher Schule sie entstammen. Weder im 750-Seiten-Buch von Heino Kaack „Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems“ noch in der „Geschichte der deutschen Parteien von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart“ von Robert Hofmann – verbreitet vor allem durch die Bundeszentrale für politische Bildung – kann der Leser etwas über die NSDAP an der Macht und über ihren Platz

im faschistischen Herrschaftssystem erfahren. Ebenso wenig Gehalt bieten Thesen, sie habe im Regime der braunen Diktatur einen untergeordneten Platz eingenommen und zunehmenden Bedeutungsschwund erlebt, zumal die NSDAP-Führung – was wenig erwähnt wird – die Wehrmacht und sich selbst die als die beiden ausschlaggebenden Grundfesten, die „Säulen“ des Dritten Reiches, der Kriegsvorbereitung und schließlich auch der Kriegführung betrachtet hat. Schildträger und Waffenträger – so benannte Arno Breker seine Figuren, die im sogenannten Ehrenhof der Neuen Reichskanzlei aufgestellt wurden ...

Demgegenüber ist nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß aus der singulären Stellung der NSDAP innerhalb des 1933 geschaffenen Macht systems nicht zu schlußfolgern ist, sie sei – da parlamentarischer Rahmen und andere Parteien gefehlt hätten – parteiengeschichtlich unwirksam und dem deutschen Parteienwesen nicht zugehörig gewesen. Die NSDAP war ihrem Charakter nach bürgerliche Partei, der Form nach eine auf dem Boden kapitaldominierter Verhältnisse entstandene und stehende politische Organisation, die in Wesen und Anliegen, in Struktur und Betätigungsfeld wesentliche Übereinstimmungen mit anderen bürgerlichen Organisationen aufwies. Sie alle miteinander zu vergleichen, also das Parteienwesen in Gänze und in seiner Wirkung auf seine einzelnen Bestandteile zu untersuchen, halte ich für erforderlich, wie überhaupt die Geschichte jeder politischen Partei zugleich eine Geschichte der durch das Parteienwesen gesetzten Rahmenbedingungen darstellt. Eine erstere herauslösende und letzteres vernachlässigende Forschung führt lediglich zu selektiven und fragmentierenden Ergebnissen. In dieser Hinsicht erlaubt auch eine strikte Gegenüberstellung bürgerlicher und proletarischer – bzw. modischer formuliert: demokratischer und totalitärer – Parteien keinen umfassenden Blick auf die geschichtliche Realität. Das Konstrukt solcher Parteigeschichte kann in aller Regel selbst als ein Resultat parteipolitisch orientierten oder gar parteiegoistischen Denkens gesehen werden.

Blicken wir kurz ins 19. Jahrhundert zurück. In ihm formierten sich die politischen Parteien aus Vereinen, Zirkeln, Verbänden, Fraktionen usw. Sie vertraten die Interessen einzelner Teile der in besitzend oder unvermögend, reich oder arm, oben oder unten, jung oder alt und in Geschlechter gespaltenen Bevölkerung. Ihre Machtorientierung und Existenzfähigkeit beruhten vorrangig auf dem alles überschattenden Konkurrenz- und Klientelprinzip

der bürgerlichen Gesellschaft. Allerdings erhoben sie von Anfang an zur Durchsetzung ihrer partiellen Anliegen zugleich den hehren Anspruch, im Interesse der Allgemeinheit – des Staates, der Nation, des Volkes, des Gemeinwohls usw. – fungieren zu wollen. Das entsprach nun zwar weder einer sprachlichen noch jeder gedanklichen Logik des Begriffs „Partei“, wohl aber der Realität. Zunehmend sahen sich die Parteien gezwungen, zugunsten ihrer Wirksamkeit ein auf Erweiterung bedachtes Image zu schaffen und zu stützen. Umfassender und übergreifender sollte es sein als die unmittelbare, auffällig egoistische Klienteldienstbarkeit. Jeweilige konkrete Erscheinungsformen politischer Parteien ergaben sich daher zwar primär aus jeweiligen Klasseninteressen und -gegensätzen, jedoch keineswegs allein aus diesen. Sie wurden von einer Vielzahl geschichtswirksamer Faktoren geprägt, von sozialökonomischen Interessen ebenso wie von politischen Kräfteverhältnissen, von zentralstaatlichen oder föderalistischen Strukturen, von unterschiedlichen Traditionen des Parlamentarismus, von Führerpersönlichkeiten u. a. m.

Indessen scheint aber immer Parteiegoismus dominiert zu haben, überlappt und beeinflußt von parteienübergreifenden Interessen. Letztere richteten sich zunächst in durchaus emanzipatorischer Weise gegen feudalaristokratische Verhältnisse und monarchische Herrschaftsformen, mehr und mehr jedoch auf die Verteidigung erreichter bürgerlicher Besitzstände gegenüber dem Proletariat und dessen Parteien. Gerade in dieser Hinsicht unterlagen die Parteien 1918/19 in Deutschland nachhaltigen Wandlungsprozessen, wahrscheinlich sogar den umfassendsten, seit sie in Erscheinung getreten waren. Sie standen nun unter dem Druck in Bewegung geratener Massen, die sich politisierten und radikalisierten, die aus dem bestehenden Parteiegefüge auszubrechen drohten. Sie schufen – nahezu spontan, in unterschiedlichsten Formen und voller Unzulänglichkeiten – erstmalig andere Formen der Organisiertheit zugunsten bestimmter Interessen. Man könnte vielleicht von Korrektiven für die etablierten Parteien sprechen. Insbesondere die Arbeiter- und Soldatenräte, ansatzweise auch sogenannte Kulturräte und andere wiesen zeitweilig über die Grenzen hinaus, die den politischen Parteien – und hier nehme ich die Arbeiterparteien keinesfalls aus – nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind. Eine der Bewegungsformen dieses Prozesses vollzog sich nicht zuletzt in der Herausbildung neuer Parteien und parteiähnlicher Organisationen.

Die NSDAP spiegelte nicht nur allgemeine Merkmale und Organisationsprinzipien des deutschen Parteienwesens wider, sondern auch die mit dem Ersten Weltkrieg und den Revolutionen zutage tretenden neuen Erscheinungsformen deutscher Parteien. Es gelang ihr, die verbreitete Enttäuschung unter den Deutschen über die politischen Parteien für ihre Zwecke zu nutzen. Mit Vorliebe stellte sie sich nicht nur als eine „Bewegung“, sondern auch als eine „Partei über den Parteien“ dar. Die von Enttäuschung, Verärgerung, Hoffnungslosigkeit und Zukunftsangst getragene „Politik- und Parteienverdrossenheit“ großer Teile der deutschen Bevölkerung trug dazu bei, daß schließlich eine an Radikalität und vermeintlicher Kompromißlosigkeit unübertroffene Organisation alle anderen zu überwinden und eine das Parteienwesen eigentlich konterkarierende Einparteienherrschaft zu errichten in der Lage war.

Wie in jeder anderen Partei auch erkennbar, bemühte sich die Führung der NSDAP um Geschlossenheit, Einheitlichkeit und möglichst straffe Organisiertheit ihrer Mitgliedschaft. Divergierende Partei-„Flügel“ wurden entschieden und mit taktischem Geschick bekämpft. Innere Differenzen – eine generelles Merkmal aller größeren Parteien – erreichten nicht jenen Grad, der für Hitler „Konkurrenz“ hätte bedeuten können; stets ging es tatsächlichen wie potentiellen Kontrahenten um einen angemessenen Platz in der „zweiten Reihe“. Im Unterschied zu anderen Parteien entstand so in der NSDAP ein neuartiges Interessengeflecht, welches weitgehend von absoluter Autoritätsakzeptanz und Übernahme des militärischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips, zugleich aber auch von Hausmacht- und Ressortpartikularismus, von Verbände-Egoismus und Pfründensicherungs-Trieb geprägt war. Dies eine Polykratie zu nennen und von Ämter-Chaos sprechen zu wollen, ist sicher möglich, daraus jedoch zu schlußfolgern, das Regime sei schwach und wenig effektiv gewesen sowie letztlich an sich selbst gescheitert, ist abwegig und bedient konservativ-nationalistischen Geschichtsrevisionismus. Die solchen Thesen immanente Frage, wie es denn hätte besser gemacht werden können, zielt auf historisierende Relativierung des Faschismus und mehr noch auf dessen Rechtfertigung. Vielleicht darf ich an dieser Stelle erneut aktuell werden und den Präsidenten des Thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz zitieren, der kürzlich berichtete, die rund tausend Neonazis im Freistaat würden die Verbrechen Hitlers nicht mehr leugnen, sie würden sie jetzt gutheißen.⁶ Sicher stützte er seine

Erkenntnis auch auf die Besucherbücher der Gedenkstätte Buchenwald, in denen zunehmend Dank für Hitler artikuliert wird.⁷ Das Schreckbild Faschismus wandelt sich auch dann unversehens in neue Vorbildlichkeit, wenn um Differenzierung bemühte Historiker beweisen wollen, manches sei am Nationalsozialismus doch „moderner“ und richtungsweisener – spricht: besser – gewesen als sogenannte antifaschistische Volkspädagogik wahrhaben wolle.

* * *

Auf Übereinstimmungen in Zielsetzung und Formen politischer Parteien im einzelnen einzugehen bleibt keine Zeit, obgleich beispielsweise die Frage schon interessant wäre, weshalb wohl damals alle Parteien „Führer“ auf den Schild hoben und es an kultischen Verehrungspraktiken nicht missen ließen. Benannt seien hier nur Ähnlichkeiten in der generell so charakteristischen Diskrepanz zwischen den Parteiapparaten und den Mitgliedern bzw. Anhängern. Ihr konnte sich auch die NSDAP – trotz ihrer Besonderheiten und ihrer Abgrenzungsbemühungen gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien – nicht entziehen. Mehr noch: Gerade sie beförderte und beschleunigte organisationsspezifische Entwicklungstendenzen politischer Parteien, denen so etwas wie ein für das Parteienwesen spezifiziertes Olympia-Motto zugrundelag: „Immer mehr Mitglieder – immer breiteren Anhang – immer festere Organisation“. Aus dem Wesen gesellschaftlicher Organisiertheit erwuchs (und erwächst wohl immer wieder!) die Tendenz zu ihrer Oligarchisierung sowie zur Bürokratisierung sich ausweitender Parteiapparate. Solche Prozesse veranlaßten bereits vor dem Ersten Weltkrieg Soziologen und Politologen zu aufschlußreichen Untersuchungen. In ihrem Ergebnis stellte beispielsweise Robert Michels fest, daß die SPD, obwohl gerade sie die Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, eine fortschreitende innerparteiliche Entdemokratisierung nicht bekämpfen konnte und ihre Führung offensichtlich diese auch nicht einmal bekämpfen wollte. Er sprach von den Wirkungen eines „ehernen Gesetzes der Oligarchie“, das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie ... Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.“ Ferner hieß es bei ihm: „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation.“ Und schließlich: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft

der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.“⁴⁸

Politische Parteien scheinen also ganz offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher zu sein, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele sowie ihre stets schönfärbenden Selbstdarstellungen vermuten lassen. Liegt hierin vielleicht auch einer der Gründe damaliger Hilflosigkeit und schließlichen Versagens antifaschistischer und nichtnationalsozialistischer Parteien? Zahlreiche Argumente aus deren Reihen erwiesen sich als null und nichtig – ich nenne nur den beschwichtigenden Satz: „Deutschland ist nicht Italien“ Bitter rächte sich jede Verniedlichung des Problems, jedes Kleinreden der Gefahren, jede Spekulation auf einen Zerfall, jede Hoffnung auf ein Auseinanderbrechen dieser Partei, jede letztlich aus allzu egoistischen Gründen getroffene Entscheidung gegen antifaschistische Bündnisse und gemeinsame Aktionen aller vom Faschismus bedrohten Kräfte. Bekanntlich wurden die 2,8 % der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928 in der Presse nicht erörtert; auch nicht von der „Roten Fahne“. Seither kann jeder wissen, daß Rechtsextremismus in keinem Falle als eine zu vernachlässigende Größe betrachtet werden darf, auch wenn er als relativ kleine Partei oder in einer Vielzahl unterschiedlicher Organisationen daherkommt. Sein – wenn ich es einmal so nennen darf – „Gemeinsamkeitspotential“ war damals wesentlich größer als politische und strukturelle Differenzen vermuten ließen. An der Lern- und Organisationsfähigkeit rechtsextremer Parteien zu zweifeln, erwies sich – gestatten Sie bitte an dieser Stelle die Einfügung des Wortes: schon – zu Weimarer Zeiten als ein überaus verhängnisvoller Fehler. Zersplitterte Organisationen einer bestimmten Parteienrichtung müssen nicht auf immer und ewig Zusammenschluß und Vereinheitlichung fern bleiben, es sei denn, sie kultivieren Gegensätze um der Gegensätze und Nischenplätze in der Gesellschaft um eben dieser Nischen willen, und es sei denn, linke Streitsucht postuliere auch rechte Uneinigkeit ...

* * *

Wer sich mit der Geschichte der NSDAP befaßt, sieht sich unweigerlich auch vor die Frage gestellt, ob heute ein am Beispiel der NSDAP orientiertes „Modell“ rechtsextremer Parteientwicklung erwartet werden kann oder nicht. Ja, vieles scheint in dieser Hinsicht durchaus möglich zu sein. Es exi-

stiert ein breites Fundament in Gestalt nationalistisch-rassistischer Netzwerke von Verlagen, Zirkeln, Vereinen, Gesellschaften usw., das ein notwendiges Vor- und Umfeld aller politischen Parteien darstellt. Unübersehbar agiert das nach wie starke rechtsextreme Potential. Weitaus furchterregender gilt mir jenes Potential, das die Gesellschaft einschließlich ihrer etablierten Parteien *für* den Rechtsextremismus bietet. Vieles spricht jedoch gegen eine neue NSDAP, deren Grundstock z. B. Jürgen Elsässer bereits in dem zu erwartenden Bündnis von NPD und DVU vermutet.⁹ Die Zeit für Massenintegrationsparteien scheint vorüber zu sein. Heutzutage reihen sich kaum zwei bis drei Prozent der Bevölkerung in die politischen Parteien ein, d. h. wesentlich weniger als in früheren Zeiten. Sollte dieser allgemeine Rückgang des Grades direkter parteipolitischer Organisiertheit um die Rechten etwa einen Bogen machen? Eher ist zu erwarten, daß sich andere „Modelle“ durchsetzen bzw. völlig neue entstehen, und zwar „jenseits des üblichen Faschismus“ – wie Carl Amery meint.¹⁰ Neue Technologien und mediale Möglichkeiten erlauben andere, wesentlich diffizilere und erheblich wirksamere Methoden der Massenbeeinflussung.

Auch kann die Tatsache, daß die NSDAP in die totale militärische Niederlage Deutschlands geführt hat und sie darin selbst zugrundeging, nicht unbedingt als förderlich für Nachfahren und Nachahmer gelten. Orthodoxer Neofaschismus einschließlich einer neuen faschistischen Massenpartei dürfte kaum eine Chance haben.¹¹ Wer heute nach den Perspektiven der Rechtsextremismus fragt, wird vor allem auch die veränderten Existenzbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft in Rechnung setzen müssen. Aus ihnen ergeben sich größere Differenzpunkte zwischen den ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden auf der einen Seite und den neuen Faschisten auf der anderen. Zu schauen wäre vor allem auf die neuen Erscheinungen in der deutschen Gesellschaft und auf die Rahmenbedingungen des Rechtsextremismus unserer Tage, wenn Antifaschisten nicht erneut hilflos agieren oder gar wieder einmal versagen wollen. Zu schauen wäre nicht zuletzt auch auf jene Wirkungen, die totalitarismustheoretisch begründete Absagen an die NSDAP erbringen, was ja nicht bedeuten muß und kann, doktrinäre und inhaltlich nicht begründbare Gleichsetzungen zwischen ihr und anderen Parteien – etwa der SED – zu akzeptieren; doch das wäre bereits ein neues, ein wichtiges und gründlich zu diskutierendes Thema ...

Erlauben Sie mir bitte, an dieser Stelle meinen Vortrag mit dem Hinweis auf das Nachwort unseres Buches über die Geschichte der NSDAP zu schließen. Hier schrieben wir, daß die Geschichte sich nicht einfach wiederholt, jedoch einmal gewonnene geschichtliche Erfahrungen, Herrschaftserfahrungen zumal, im Verlauf der Geschichte auch nicht einfach verlorengehen. Das nach 1945 zunächst abgewiesene Erbe des Faschismus wird längst schon an anderer Stelle auf seine Verwendbarkeit durchgesehen und sortiert, Teilstücke sind unter anderen Namen in der Erprobung.¹² Daher verstehe ich die Beschäftigung mit der NSDAP nach wie vor als ein Mittel der „Warnung“, als ein äußerst aktuelles Thema, auch wenn neue Gefahren nicht notwendigerweise mit der Existenz und mit den bisherigen Erscheinungsformen politischer Parteien verbunden sein müssen.¹³

Fußnoten

- 1 Dies belegen nicht zuletzt drei Episoden: Die erste stammt vom Anfang der 60er Jahre, als in Jena der Forschungsschwerpunkt „Geschichte der bürgerlichen Parteien“ eingerichtet werden sollte. Kurt Hager sah sich damals zu der Bemerkung veranlaßt, es müsse zunächst die Vergangenheit der eigenen Bewegung erforscht sein, bevor man sich den Parteien des Klassegegners zuwenden könne. Die anderen begaben sich, als Kurt Pätzold und ich erstmalig über einem Manuskript zur Geschichte der NSDAP brüteten. Dem Erscheinen von „Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens“ wurde 1981 nichts mehr in den Weg gelegt, als der oberste Ideologie-Manager der DDR sein Placet gegeben und gemeint hatte, im Personenregister sollten unter dem Buchstaben „H“ doch mehr als Namen als nur die von Hitler, Heß, Himmler und Heydrich auftauchen. Wir betrachteten dies mit der Erwähnung von Honecker, Hoffmann und Hager als erfüllbaren Wunsch. Einem weiteren Verlangen wollten wir dagegen nicht folgen: Allen Ernstes hatte einer der Gutachter mit der Autorität eines großen Instituts im Rücken erklärt, es seien jene Kapitel vor 1929 glatt zu streichen, da die Geschichte dieser Partei erst mit der Weltwirtschaftskrise beginnen würde ...
- 2 Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920–1945, Köln 1998.
- 3 Siehe dazu ebenda, S. 471 und 478.
- 4 Zu fragen wäre daher in aktuellen Debatten, ob nicht rechtsextreme Organisationen in den neuen und von der Massenarbeitslosigkeit besonders hart betroffenen Bundesländern aus vergleichbaren Gründen ihrer Agitation und Wahlpropaganda wiederum einen „sozialistischen“ Anstrich geben. Ich denke auch an die Erklärung Franz Schönhubers vor den Bundestagswahlen, er werde jene Partei wählen, die einen „maßvollen Patriotismus mit radikalen sozialen Reformen“ verbinde, wobei in seinem Falle es mehr als bezeichnend sein dürfte, daß er in diesem Zusammenhang auch forderte, die „Prüfung von Sozialmodellen aus NS-Deutschland und dem faschistischen Italien hinsichtlich partieller Verwendbarkeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit“ dürfe nicht länger „tabuisiert oder gar strafrechtlich verfolgt“ werden. (Nation & Europa, H. 3/1998, S. 14)

- 5 Man denke auch an die nahezu rührseligen Nachkriegserzählungen und Unschuldsbeteuerungen, die z. Z. vor allem in der sogenannten Wehrmachtsdebatte sowie in den von Gewissenskonflikten triefenden Filmen des Herrn Guido Knopp vom ZDF wieder auftauchen. Siehe dazu meine Besprechung seines Buches „Hitlers Krieger“ in: Neues Deutschland vom 2.11.1998, S. 12.
- 6 Thüringische Landeszeitung, 13.1.1999.
- 7 Die Zeit, 21.1.1999, S. 37.
- 8 Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911). Neu hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 3/1969.
- 9 Jürgen Elsässer: Braunschweig DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde. Mit einem Vorwort von Jürgen Trittin. Hamburg 1998, S. 69.
- 10 Carl Amery: Hitler als Vorläufer. Auschwitz – der Beginn des 21. Jahrhunderts, München 1998, S. 63.
- 11 Die steht in Gegensatz zur Meinung von Heinz Niemann, der vermutet, daß zu den Merkmalen des Faschismus im 21. Jahrhundert „eine populistische Massenpartei“ gehören werde und es nicht unbedingt terroristischer Schlägertrupps gegen Linke, Ausländer und Juden bedürfe. (Neues Deutschland, 27.1.1998, S. 12).
- 12 Pätzold/Weißecker, Geschichte der NSDAP 1920–1945, S. 521.
- 13 Möglicherweise läßt sich unser „kurzes Jahrhundert“ nicht nur anhand der drei Weltkriege (Erster, Zweiter und Kalter Krieg) und der ihnen folgenden drei systemverändernden Entwicklungsschübe charakterisieren, sondern auch als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien und Parteitypen, von Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen sowie von vielgestaltigen Symbiosen staatlicher und parteigebundener Machtapparate bezeichnen. In Deutschland gab es den Parteienstaat in seiner Weimarer Ausprägung, die folgenreiche diktatorisch-terroristische Herrschaft der faschistischen Organisationen, den staatssozialistischen Machtmißbrauch „führender“ Parteien; und gibt es die verheerende Okkupation des Staates durch machtmonopolisierende, sich selbst gleichsam verstaatlichende Großparteien. Erfreulich mutet allein die Tatsache, daß es immer auch alternative Organisationsformen gab, paradox aber, daß auch diese stets parteibezogen waren und sind. Neues ist kaum noch denkbar. Unabhängig davon, daß Schönredner gegenwärtiger Verhältnisse gern die Parteidemokratie als Gipfelpunkt massenpartizipatorischer und emanzipatorischer Wirksamkeit bezeichnen, liegt der Gedanke nahe, daß sich die durch bisherige Parteien repräsentierten Existenzformen gesellschaftlicher Organisiertheit erschöpft haben. Folgt man ihm, würde es sich lohnen, über die Verbesserung der Verhältnisse durch einzelne Parteien, aber auch über generelle Alternativen zum bestehenden Parteienwesen nachzudenken. Auf jeden Fall kann ich mir keine mit Aussicht auf Erfolg agierende sozialistische Partei vorstellen, die nicht auch die parteiengeschichtlichen und die parteientheoretischen Aspekte ihres Ringens reflektiert, die nicht ihren Platz im Parteienwesen zu bestimmen trachtet und die nicht selbst ihre Organisationsformen dem Interesse der Zukunft zuzuordnen bereit ist.